

27.02.2018

Pressesprecherin:
Kristina Fabijancic-Müller
Telefon +49 711 22572-34
Mobil +49 160 97272863
kristina.fabijancic-mueller@gemeindetag-bw.de

Städte und Gemeinden brauchen langfristige wirksame Alternativen, statt Fahrverbote

Gemeindetagspräsident Roger Kehle zeigt sich von der heutigen Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig zu „Dieselfahrverboten“ wenig überrascht. Er ist jedoch gespannt, wie das Land bei der Fortschreibung der Luftreinhaltepläne Fahrverbote einführen und trotzdem dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gerecht werden will. Kehle befürchtet, dass der Fokus jetzt genau in die falsche Richtung verschoben wird: „Das Land wird jetzt Zeit und Geld investieren, um zu überlegen, wie man Fahrverbote umsetzen kann, anstatt sich gemeinsam mit den Städten und Gemeinden um Alternativen zu kümmern, die sowohl die Luft sauberer machen, als auch Mobilität weiterhin ermöglichen“, kritisiert Kehle.

Mobilität ermöglichen, statt verhindern

„Fahrverbote sind weder im Sinne der Bürgerinnen und Bürger, die ein Dieselfahrzeug besitzen, noch im Sinne der Kommunen. Was geschieht bei Fahrverboten mit dem Lieferverkehr, der Feuerwehr, den Krankenwagen und der Polizei? Was sollen Pendler bei Fahrverboten tun? Womöglich Umwege fahren, dafür zu spät kommen und auf den Umleitungsstrecken ebenfalls für schlechte Luft sorgen? Wir sollten besser in einen schnellen und gezielten Ausbau des ÖPNV investieren, die Taktung verdichten und die Dieselfahrzeuge nachrüsten. Der ADAC hat vergangene Woche nachgewiesen, dass eine Hardware-Nachrüstung möglich, wirksam und auch bezahlbar ist, sofern man die Autoindustrie als Verursacher zur Kasse bittet. Solche langfristig wirksamen Alternativen würden uns weiter voranbringen, als Fahrverbote, die in jeder Stadt mit anderen Maßnahmen umgesetzt werden könnten. Wer jetzt übrigens glaubt, dass durch ein Dieserverbot die Luft automatisch gesünder wird, hat übersehen, dass sich damit weder die Feinstaubbelastung, noch der CO₂-Ausstoß verringern werden.

Es ist ein Trauerspiel, dass erneut ein Gerichtsurteil die Politik zum Handeln zwingt. Man hätte ohne Druck schon viel früher die Städte und Gemeinden dabei unterstützen können,

schadstoffärmere Mobilitätsalternativen anzubieten. Das wäre auch im Kampf gegen Feinstaub und CO2 langfristig die wirksamere Methode“, so Kehle.